

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 101 (2007)
Heft: 6

Buchbesprechung: Bücher

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WIDERSPRUCH – Beiträge zu sozialistischer Politik, Heft 51: Migration, Integration und Menschenrechte. Zürich 2007, 234 Seiten, CHF 25.00

Im März-Heft der Neuen Wege charakterisiert Cécile Bühlmann die «Integration» als typisches «Plastikwort», das derzeit auch in der Schweiz sehr in Mode ist, über dessen konkreten Inhalt jedoch «in der Politik absolut kein Konsens» besteht. Lisa Schmuckli stellt es der realen Desintegration gegenüber, die unsere auf Ausschluss gegründete Gesellschaft prägt. Wie wichtig es ist, den Scheinkonsens zu hinterfragen, mit dem eine «Integration» der Fremden postuliert wird, macht auch der neue WIDERSPRUCH deutlich.

Was versteht wer unter Integration? Bleibt sie nicht eine zu billige Hoffnung und wälzt «die Last erneut auf die ImmigrantInnen ab, die sich faktisch assimilieren müssen», wie Heiner Busch und Balthasar Glättli dies in ihrem Beitrag über «solidarische Asyl- und Migrationspolitik nach dem 24. September 2006» befürchten? Genau wie Anni Lanz, die nüchtern und ernüchternd Erfahrungen bei der Arbeit mit illegalisierten Asylsuchenden beschreibt, gehen sie mit Schlagworten wie Solidarität und Widerstand keineswegs leichtfertig um. Wir sollten beim Ruf nach einer anderen Politik «die Wirkungsmacht des Missbrauchsdiakurses in der Bevölkerung» nicht unterschätzen, müssten uns fragen, ob tatsächlich «eine breite Bewegung für die Grundrechte aller ausländischen Menschen in diesem Land» existiert. In den 1970er- und 1980er-Jahren waren entsprechende Aktionen jedenfalls stärker. Heute seien «viele Bewegte in die staatlichen Asyl-Strukturen integriert oder von den erfolglosen Abwehrkämpfen zermürbt».

Pragmatisch unterstützende Projekte und Initiativen sowie wissenschaftliche Studien gibt es nach wie vor, wie mehrere Beiträge vor allem engagierter Frauen zeigen. Bea Schwager etwa geht von der Praxis der Sans-papiers-Anlaufstelle in Zürich aus. Yvonne Riano und Nadia Baghdadi referieren Ergebnisse einer Studie zur Lage qualifizierter Frauen, die es unter Migrantinnen ja auch gibt. Sie haben es gleichfalls nicht leicht. Nur einem Viertel der Befragten gelang es zum Beispiel, eine unbefristete Arbeitsstelle zu erhalten, die ihrer Qualifikation entspricht.

Viele erleben eher einen Statusverlust als einen sozialen Aufstieg. Dazu trägt oft die fehlende Anerkennung von Diplomen, aber auch das allgemein negative Bild von «Dritt-weltfrauen» bei. Vania Alleva von der Unia zeigt, was Gewerkschaften gegen den Trend zur Prekarisierung und Diskriminierung zu unternehmen versuchen, der erfahrungs-gemäss «Fremde» zuerst trifft. Nach wie vor sei Migration bei uns «kein positiver Bestandteil des Selbstverständnisses, obwohl die Schweiz de facto ein Einwanderungsland ist». Da wäre ein Perspektivenwandel fällig.

Um dies alles im globalen Zusammenhang zu sehen, empfiehlt es sich, die Lektüre mit «Weltmarktdynamik und Migration», einer Lagebeschreibung von Christoph Butterwegge im zweiten Teil des Heftes, zu beginnen. Aber am meisten beschäftigt hat mich ein Wort im ersten Text des Heftes, der auf einem Vortrag basiert, den Marc Spescha kürzlich an einem Symposium zur Lebenssituation von Migrantinnen hielt. Es ging um Gewalt, um Armut als Auslöser von Fluchtbewegungen, um «das Wohlstandsgefälle als strukturelle Gewalt». Zu Recht bezeichnet Spescha «die wachstumsgläubige Verträstung, dereinst werde die ganze Welt am Wohlstand der Reichen partizipieren können», als zynisch: «Da die Anhebung des weltweiten Lebensstandards auf das Niveau der ursprünglichen Industrieländer das Zwölffache der aktuellen ökologischen Belastung der Erde bedeutete, wird offenkundig, dass nur massive (unrealistische) Verzichtleistungen auf Seiten der Wohlhabenden das Gefälle ernsthaft mindern könnten.» Wenn aber das in Klammern gesetzte Wort realistisch ist, signalisiert es im Kernpunkt aller Weltprobleme die Kapitulation. Wie wäre danach ohne Zynismus zu politisieren?

Hans Steiger

Nicholas Busch: Baustelle Festung Europa. Beobachtungen, Analysen, Reflexionen. Herausgegeben vom Europäischen Bürger-Innenforum. Drava Verlag, Klagenfurt 2006, 215 Seiten, CHF 34.30

2005 starb in Schweden der 1948 geborene Nicholas Busch, ein vielseitig engagierter Internationalist und Journalist. Nun liegt – auch als Würdigung und Abschied – eine in jeder Hinsicht lesenwerte Sammlung mit

Texten von ihm vor, die um Themen wie Asyl, Migration und Terrorbekämpfung kreist und teils bis in die 1970er-Jahre zurückgreift. Sie will damit «die Entstehungsgeschichte heutiger Verhältnisse» nachvollziehbar machen. Mechanismen der Ausgrenzung werden sichtbar, der Abbau von Rechten im Zeichen der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, «die schrittweise Mutation des sozialen Wohlfahrtsstaats zum Sicherheitsstaat neoliberaler Prägung». Tendenzen, gegen die sich Busch in verschiedensten Netzwerken wehrte.

Der in der *Longo mai*-Kooperative verwurzelte «Revolutionär», schreibt Jean Ziegler im Vorwort, sei bei seinen Engagements von der Freiplatzaktion für Chileflüchtlinge bis zum Europäischen BürgerInnenforum stets «von kompromissloser Leidenschaft für Gerechtigkeit» getragen gewesen. Und er attestiert dem langjährigen Freund eine bewundernswerte Klarsicht: «Dank seiner Intuition hatte Nicky auf visionäre Weise vor mir erfasst, dass Systeme kontinentaler Apartheid im Entstehen begriffen waren.» Scheinbar harmlose Massnahmen zur Regelung der Migration machten den Anfang. Doch früh habe der sensible Beobachter erkannt, dass die Reichen vor allem ihre Reichtümer vor den Armen schützen wollten. *Fremdenfeindlichkeit und Rassismus* wurden gegen das Asylrecht und gegen die Ansätze von internationaler Solidarität mobilisiert. In der

Schweiz, so Ziegler, «inspiriert von der SVP und gebilligt von einem Parlament und einer Regierung von beispiellosem Feigheit».

Busch hat neben der Schweiz auch *Schweiden* speziell beobachtet, wo 1989/1990 ohne öffentliche Debatte eine neue Asylpraxis eingeführt wurde, um das Land diesbezüglich mit der Europäischen Gemeinschaft zu «harmonisieren». In einem Gutachten für die *PDS-Delegation im Europäischen Parlament* beschrieb er dann 2001 den «Weg zum europäischen Sicherheitsstaat» insgesamt als Irrweg. Menschen werden an den Rand, ins Illegale, in «Schattengesellschaften» abgedrängt. Damit wird ein «immer wieder laut deklariertes Ziel – die Wahrung von Recht, Ordnung und Sicherheit im Interesse der Bürger – nicht nur verfehlt, sondern eine Entwicklung gefördert, die letztlich die öffentliche Sicherheit untergräbt». Versuche, das globale Problem der Migration einfach auf die Herkunfts- und Transitländer abzuwälzen, seien zum Scheitern verurteilt. *Abschottung und Rückführungen* trügen höchstens zur geographischen und zeitlichen Verschiebung des Konfliktpotentials bei sowie zur Destabilisierung von Nachbarländern, die damit noch weit mehr überfordert seien als die reiche Europäische Union.

Europa als Festung zu sichern, ist eine Illusion. «Es wäre naiv zu glauben, dass eine solche Destabilisierung unsere wohlhabenden Gesellschaften auf Dauer verschonen würde», hält schon der erste Text der Dokumentation fest. Titel: «Wenn die Polizei an die Stelle der Politik tritt». Es ist eine Absage an den Versuch, *neun Zehnteln* der *De-facto-Flüchtlinge* als «falschen Flüchtlingen» alle Rechte zu nehmen. «Ob man sie ausweist oder in den Untergrund treibt, sie werden weiterexistieren.» Menschen, denen die Lage im Herkunftsland hoffnungslos scheint, sehen in der Flucht eine Chance. Sie werden sich vom Versuch, diese zu nutzen, nicht abhalten lassen. 1993 fragte Busch in seinem heute noch aktuelleren Vortrag an der Universität Genf: «Sollten sich die Vorhersagen bestätigen, dass der Meeresspiegel in Folge der Erderwärmung einen halben bis einen Meter steigen könnte, wie viele Menschen müssten ihre Heimatregionen verlassen? 10 Millionen, 20 Millionen, 50 Millionen?» Auch mit repressivsten Kontrollapparaten lasse sich kein System aufrechterhalten, «das weltweit nicht lebbar» sei.

«Seit sie der Notwendigkeit enthoben sind, mit den Kommunisten zu konkurrieren, haben die kapitalistischen Freihändler aufgehört, ein freundliches Gesicht zu zeigen. Ihre Gier ist ohne Grenzen.»

Malaysias ehemaliger Ministerpräsident Mahatir, in: South Letter 39, 2003